

A010: Situation von Geflüchteten in Deutschland verbessern – Integration durch (Aus)Bildung

Laufende Nummer: 035

Antragsteller_in:	DGB-Bundesjugendausschuss
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	A - Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Demokratie in Deutschland und Europa

Situation von Geflüchteten in Deutschland verbessern – Integration durch (Aus)Bildung

Der DGB-Bundeskongress beschließt:

Für den DGB ist die Aufnahme und Integration von Geflüchteten eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Staatliches Handeln muss vom Artikel 1 des Grundgesetzes geleitet sein: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Infolge dessen darf das Recht auf Asyl nicht zum Spielball politischer und populistischer Interessen- und Parteiarbeit werden. Wie groß die Herausforderung für Länder und Kommunen, für Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft auch sein mag, müssen aus Sicht des DGB folgende Grundhaltungen gegeben sein: Alle Akteur_innen müssen es als ihre gemeinsame Aufgabe ansehen, eine menschenwürdige Aufnahme, Unterbringung, Versorgung und Integration zu gewährleisten.

Wie notwendig ein handlungsfähiger Staat ist, hat nicht zuletzt die Ankunft hunderttausender Geflüchteter im Sommer und Herbst 2015 gezeigt. Länder und Kommunen, Sicherheitsorgane und Organisationen der öffentlichen Daseinsvorsorge waren mit den schnell steigenden Zahlen von Geflüchteten überfordert. Nicht, weil sie nicht wussten, was zu tun war, sondern weil sie bereits über Jahre hinweg mit Spar- und Kürzungspolitik an den Rand ihrer Handlungsfähigkeit gebracht worden sind.

Lebensbedingungen von Geflüchteten verbessern

Allen Geflüchteten muss grundsätzlich ein Recht auf kostenfreie medizinische Versorgung ermöglicht werden und sie müssen freien Zugang zu dieser erhalten. Darüber hinaus fordern wir die menschenwürdige Unterbringung und die Einhaltung qualitativer Mindeststandards. Die von der Bundesregierung geplanten Ankunfts-, Entscheidungs- und Rückführungszentren (AnKER) lehnen wir ab.

Wir setzen uns dafür ein, dass:

- die Landesregierungen mit Unterstützung der Bundesregierung die Residenzpflicht für Asylsuchende aufheben und umgehend Aufnahmestellen für die Erstaufnahme in menschenwürdigen Zuständen schaffen.
- die europäische Asylzuständigkeitsregelung Dublin II und III grundlegend verändert wird, damit ein gerechter Ausgleich zwischen den EU-Staaten stattfindet.
- die Asylantragsverfahren einfacher, fairer und transparenter werden. Eine Bearbeitung soll so schnell wie möglich erfolgen. Hierfür setzt sich der DGB für eine stärkere parlamentarische Kontrolle der Entscheidungsprozesse ein.

Integration durch Bildung und Ausbildung

Bildung ist ein Menschenrecht. Der Zugang der Menschen zu Bildung darf nicht an ihren aufenthaltsrechtlichen Status oder ein dauerhaftes Bleiberecht gebunden sein. Schmalspurausbildungen und Teilqualifizierungen für Geflüchtete lehnen wir ab. Gerade für die unter 25-Jährigen, die entweder schulpflichtig oder im Ausbildungs- /Studienalter sind, müssen Sprachförderung und der Zugang zu Schule, Ausbildung und Studium abgesichert werden. Sprachförderung ist ein zentraler Schlüssel zu mehr Bildungsgerechtigkeit. Hier gilt es, bedarfsgerechte Angebote zu schaffen und Personal und Weiterbildungsangebote auszubauen. Sprachkurse für Geflüchtete müssen gebührenfrei sein.

Wir setzen uns ein:

- für die Schaffung eines rechtssicheren Aufenthalts für Schüler_innen, Auszubildende und Studierende jenseits des Duldungssystems. Dieses Bleiberecht soll nach erfolgreich abgeschlossener/m Ausbildung/Studium entfristet werden.
- dafür, dass Ausbildungs-(platz)wechsel und Ausbildungsabbrüche keine Abschiebung zur Folge haben. Junge geflüchtete Menschen sind sonst wehrlos gegenüber schlechten Ausbildungsbedingungen und Ausbeutung.
- für einen gebührenfreien Zugang zu Bildungsangeboten unabhängig vom Aufenthaltsstatus.
- für eine umfassende Anerkennung von ausländischen Schul- und Berufsabschlüssen.
- dafür, dass Kitas, Schulen, Berufsschulen, Weiterbildungseinrichtungen und Hochschulen personell und finanziell zusätzlich ausgestattet werden, um eine bedarfsgerechte und individuelle Sprachbildung gewährleisten zu können.
- dafür, dass interkulturelle Kompetenzen in die regulären pädagogischen Aus- und Weiterbildungen integriert werden. Lehrpersonal muss umfassend Weiterbildung ermöglicht werden.

Gewerkschaftliche Handlungsfelder in Betrieb und Verwaltung

Wir begrüßen die Integration von Geflüchteten in Ausbildung und Arbeit und fordern dies auch aktiv ein.

Bestrebungen der Wirtschaft und von einigen Politiker_innen, auf diesem Weg Lohndumping zu betreiben, indem sie beispielsweise Ausnahmen vom Mindestlohn und Teilqualifikationen fordern, lehnen wir entschieden ab. Solcherlei Ausnahmen führen zu einer weiteren Spaltung der Gesellschaft und werden rechtspopulistischen Argumenten Vorschub leisten. Vielmehr müssen Wege in Ausbildung und Arbeit einem hohen Qualitätsniveau entsprechen, damit die betroffenen Menschen langfristige Perspektiven bekommen. Dies gilt sowohl für Geflüchtete als auch für alle anderen Menschen.

Gewerkschaftliche Handlungsfelder – Kooperation im Dachverband

Dem DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften kommt in der Frage, wie man gesellschaftliche Vielfalt lebt, eine besondere Rolle zu. Die anfängliche Euphorie, das plakative „Wir schaffen das!“ ist jedoch in vielen Teilen der Bevölkerung der Skepsis gegenüber der politischen Verantwortung gewichen. Solidarität mit Geflüchteten ist für uns keine „Charity“; sie ist ein langfristiger Prozess. Dieser muss entsprechend kontinuierlich weitergeführt werden. Hierfür müssen wir in den Betrieben, in der Politik und in der Gesellschaft werben sowie das Bewusstsein der Menschen ansprechen.

Wir setzen uns dafür ein, dass:

- das ehrenamtliche Engagement vieler Kolleg_innen gewürdigt und gestärkt wird.
- private und öffentliche Unternehmen das ehrenamtliche Engagement ihrer Mitarbeiter_innen, z. B. durch Freistellung bzw. Sonderurlaub oder durch Spenden für Geflüchtete, unterstützen.
- flächendeckende, öffentlich geförderte Beratungsstellen zur besseren Unterstützung auch in arbeits- und sozialrechtlichen Fragen unter Beteiligung der Gewerkschaften aufgrund ihres Fachwissens eingerichtet werden. Dies

kann in Kooperation mit anderen Beratungsstellen und Initiativen geschehen.